



Friedensfähig werden, nicht kriegstüchtig

Die kriegskritischen Stimmen hörbar machen und wirksam werden lassen

Von Hermann Theisen

Der nun fast zwei Jahre andauernde Krieg in der Ukraine und die am 27. Februar 2022 von Bundeskanzler Scholz ausgerufene „Zeitenwende“ haben den größten Militarisierungsschub in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Politische, militärische und wirtschaftliche Akteure gerieren sich hierzulande in einer Art und Weise, als ob sie sich selbst inmitten eines Krieges befänden.

Dazu passend erklärte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius im Oktober 2023 in einem Interview in der ZDF-Sendung „Berlin direkt“ unmissverständlich: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte. Und das heißt: Wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr

und die Gesellschaft dafür aufstellen.“ Solche Töne militaristischer Denkungsart verheißen nichts Gutes und lassen für das gesellschaftliche Klima in unserem Land nicht gerade Friedfertiges erahnen.

Offenbar hat es nur eines weiteren Krieges in Europa bedurft, dass viele sich eine Uniform übergezogen haben. Andere sind schon seit Langem dafür gewesen, mehr „weltpolitische Verantwortung“ zu übernehmen, und benutzen den Ukrainekrieg, um das Strammstehen vor dem Militär wieder zur politischen Leitlinie zu erheben. Selbst kritische Geister sind erschrocken und irritiert zurückgewichen, haben ihre einstmaligen pazifistischen Positionen aufgegeben und sich mehr oder minder dem „neuen Denken“ in Gewaltkategorien angeschlossen. Und so werden wir wohl auf unabseh-

bare Zeit mit immer weiteren Forderungen nach Aufrüstung der Bundeswehr konfrontiert sein, anstatt Mittel für den Ausbau ziviler Friedenslösungen und Krisenpräventionen bereitgestellt zu bekommen.

Nach Angaben der Vereinten Nationen waren im Jahr 2022 mehr Menschen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten betroffen als seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: Über 100 Millionen Menschen befanden sich weltweit auf der Flucht, und ein Viertel der Weltbevölkerung lebt in von gewaltsamen Konflikten und Kriegen erschütterten Regionen.

Hinzu kommen weitere Krisenherde wie der Krieg zwischen Israel und der Hamas, der wie im Fall der Ukraine das Potenzial einer völligen Entgrenzung in sich birgt.

Deshalb fordern die Vereinten Nationen von der Staatengemeinschaft mehr Geld für die Entwicklung präventiver und friedensfördernder Maßnahmen statt einer stetigen Steigerung ihrer Militärausgaben, auch wenn davon die politischen Entscheidungsträger hierzulande kaum etwas wissen wollen.

Es spricht für sich, dass die schwedische Schriftstellerin und Kinderbuchautorin Astrid Lindgren im Oktober 1978, als sie in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, gesagt hat: „Müssen wir uns nach diesen Jahrtausenden ständiger Kriege nicht fragen, ob der Mensch nicht vielleicht schon in seiner Anlage fehlgeleitet ist? Und sind wir unserer Aggressionen wegen zum Untergang verurteilt? Wir alle wollen ja den Frieden. Gibt es da keine Möglichkeit, uns zu ändern, ehe es zu spät ist? Könnten wir nicht lernen, auf Gewalt zu verzichten? Könnten wir nicht versuchen, eine neue Art Mensch zu werden? Wie aber sollte das geschehen – und wo sollte man anfangen? Ich glaube, wir müssen von Grund auf beginnen. Bei den Kindern.“

Ein Appell von bleibender Aktualität. Selbst in Europa ist es nicht gelungen, den Krieg als Mittel der Politik völlig auszuschließen. Dazu haben nach dem Ende des Kalten Krieges viele beigetragen, bewusst oder aus kurzfristigem Egoismus, Machtgier, Hass und Gewaltglauben, aus Unachtsamkeit, Gleichgültigkeit und fehlender Willenskraft sowie dem Mangel an seelischer Bereitschaft, für alle Menschen auf der Welt, nicht zuletzt für die Kinder, ein Leben in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu schaffen.

Auch wir Deutschen sollten uns bewusst machen, welchen Anteil wir daran tragen. Das gilt nicht zuletzt für die schwerwiegende Frage: Inwieweit hat die deutsche Politik durch ihre Haltung den Konflikt in der Ukraine sowie den des Westens mit Russland verschärft, ausgleichend gewirkt oder ist sie einfach nur dem gefolgt, was

der „große Bruder“ von der anderen Seite des Atlantiks vorgegeben hat?

Die deutsche Debatte über den Ukrainekrieg ist geprägt von Kriegsbefürwortung und -propaganda, vermehrten Waffenlieferungen, Feindbilddenken, Russenfurcht und Schwertglauben. Ein offener Diskurs, der die unterschiedlichen Auffassungen und gegensätzlichen Argumente gleichberechtigt nebeneinander zur Sprache bringt, findet nicht statt. Andere Stimmen kommen kaum zu Wort, finden in den großen Zeitungen, im Rundfunk und im Fernsehen nur selten Gehör. Standpunkte, die Kritiker des Mainstreams in Vorträgen vertreten, werden von der Presse der Öffentlichkeit vorenthalten, als gäbe es sie nicht. Zu sehr schlägt eine Berichterstattung durch, die im transatlantischen Interesse liegt und so tut, als hätten deren Vertreter – wie der Volksmund sagt – „die Weisheit mit Löffeln gefressen“. Vorgebliche Allwissenheit bezichtigt abweichende Meinungen der Besserwisseri oder greift zu diffamierenden Umgangsformen. Dabei steht außer Frage, dass sich in Kriegszeiten gerade die kritischen Stimmen im Rückblick als wirklich tragfähig und zukunftsweisend erwiesen haben – im Unterschied zu jenen, die glaubten, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu müssen, und die in ihrer Selbstüberschätzung übersahen, dass ihnen der Respekt vor dem Lebensrecht der anderen, die Scheu und die Ehrfurcht vor der Heiligkeit und dem Geheimnis allen Lebens verloren gegangen ist – und dass sie stattdessen dem Gott des Krieges verfallen sind.

Wären die seit dem 24. Februar 2022 bislang in die Zerstörung und Menschenfeindlichkeit gesteckten Mittel für friedliche Zwecke verwandt worden – und das ist nicht zuletzt auch Wladimir Putin vorzuhalten, der den Krieg ausgelöst hat –, man hätte aus der Ukraine und wohl auch aus den angrenzenden Regionen ein soziales Paradies machen können: Ohne in Schutt und Asche gelegte Ortschaften, ohne Flüchtlingselend, Tote, Ver-

stümmelte und ohne seelisch wie materiell aus der Bahn geworfene Menschen. Man mag eine solche Betrachtungsweise als illusionär abtun, aber jedermann sollte klar sein, welche verheerenden Folgen damit verbunden sind, dem Krieg und einem „Siegfrieden“ weiter das Wort zu reden, die Verhandlungen über dessen Ende weiter abzulehnen und ins Reich der Phantasie zu verbannen.

Aus Meinungsumfragen in Deutschland von Beginn 2023 geht hervor, dass sich eine Mehrheit gegen mehr Waffenlieferungen ausgesprochen hat. Es ist daher keineswegs die Vermutung abwegig, dass diese Menschen ein Ende des Krieges durch Verhandlungen ausdrücklich wollen und sie das Potenzial für eine Politik darstellen, die sich am Friedensgebot des Grundgesetzes orientiert, für eine Rückkehr zur Entspannungspolitik plädiert und die der Befriedung Europas dient. Mag sein, dass unter den gegebenen Umständen eine solche Haltung noch nicht mehrheitsfähig und realisierbar ist, aber das braucht niemanden zu schrecken. Denn wie unsere Zukunft aussehen und wie sie gestaltet wird, hängt von jedem Einzelnen ab. Ob sich die deutsche Gesellschaft mehr in Richtung Krieg oder Frieden bewegt, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren entscheiden. „Nie wieder Krieg!“ ist gerade heute aktueller denn je – so wie Wolfgang Borcherts „Sag Nein!“ zu „Stahlhelm und Maschinengewehren“.

Hermann Theisen ist langjähriges DFG-VK-Mitglied und pazifistisch-antimilitaristischer Aktivist. Im Januar hat er gemeinsam mit dem Bremer Verleger und Friedensforscher Helmut Donat das Buch „Bedrohter Diskurs – Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg“ herausgegeben (Donat Verlag, Bremen 2024; 368 Seiten; 24,80 Euro). Die Besprechung des Buches findet sich auf Seite 42 in dieser ZivilCourage. Der hier veröffentlichte Beitrag stammt aus diesem Buch und wurde redaktionell leicht bearbeitet und gekürzt. <<